

Bericht der Arbeitsgruppe 3 „Armutsrisiko und finanzielle Mehrbelastungen“

72. Sitzung des Landespflegeausschusses am 05.03.2025

BERLIN



Inhalt des Berichtes

- Armutsbegriff
- Empirisches Datenmaterial
- Schlussfolgerungen/Maßnahmen



Armutsbegriff

- verschiedene Definitionen für „Armut“ bzw. „Pflegearmut“
- gängig ist EU-Definition: Personen bzw. Haushalte mit weniger als 60% des Medianeinkommens
- breiter gefasst in Sozialberichterstattung und Sozialforschung ->Mangel an Verwirklichungs- und Teilhabechancen
 - neben Einkommen und Vermögen, werden auch Aspekte wie Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Erwerbstätigkeit, soziale Beziehungen/Netzwerke und politische Teilhabe einbezogen

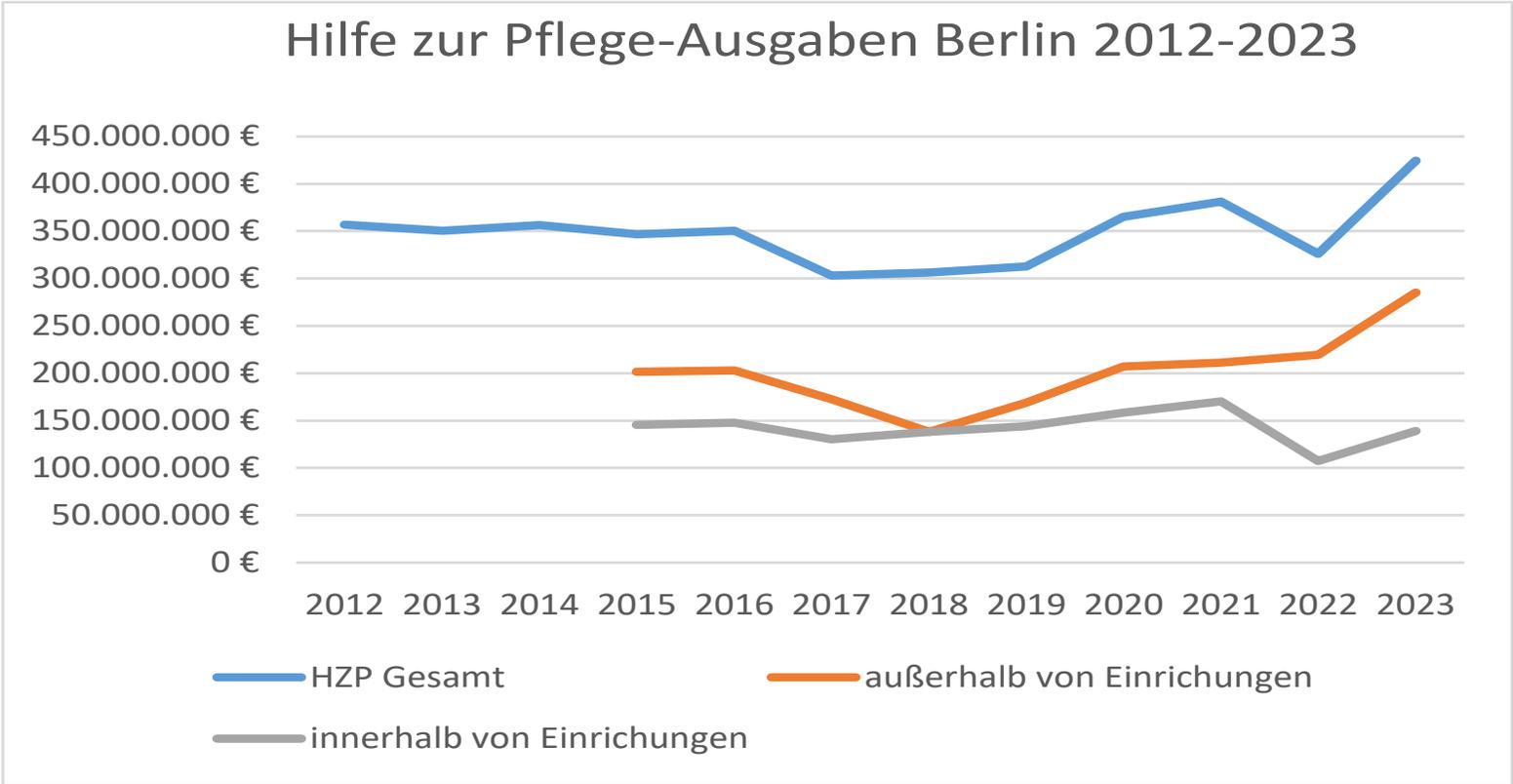
Folgen von (Pflege)-Armut

- Armut macht krank und senkt die Lebenserwartung
- aus finanzieller Sorge wird auf professionelle Unterstützung und Entlastung verzichtet
- Beeinträchtigung der Versorgung der Pflegebedürftigen
- -> hohe physische und psychische Belastungen für pflegende Angehörige
- soziale Teilhabe am Leben ist beeinträchtigt

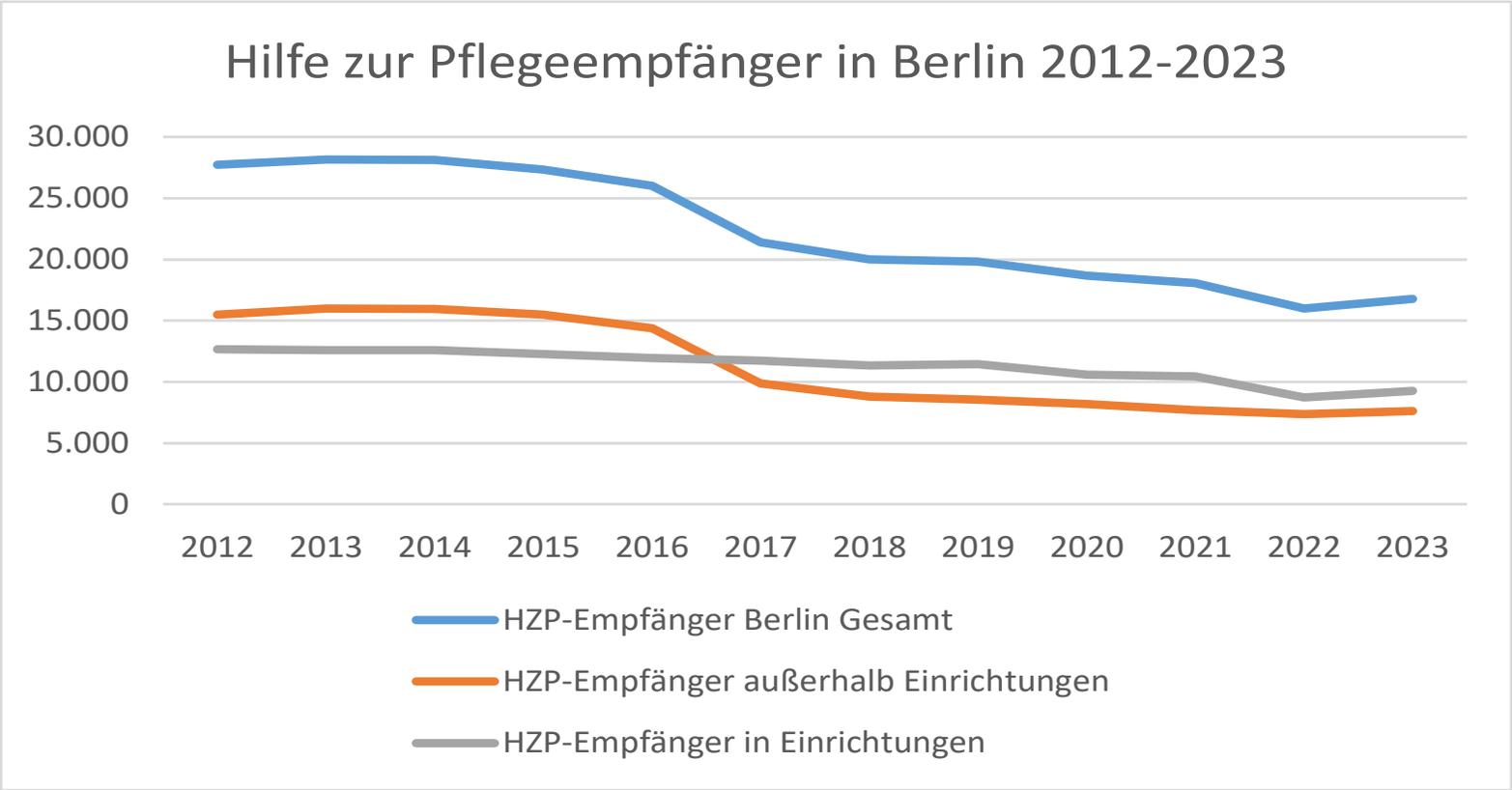
Empirisches Datenmaterial

- in Deutschland fehlen belastbare Daten zur pflegebedingter Armut
- vermutlich hohe Dunkelziffer von nicht genutzten staatl. Unterstützungsleistungen
- in unteren Einkommenschichten besteht Scheu, staatliche Leistungen und professionelle Pflege in Anspruch zu nehmen -> Rückgriff auf eigene soziale Netzwerke

HzP-Ausgaben als Indiz für Entwicklung der Pflegearmut



HZP-Empfänger als Indiz für Entwicklung der Pflegearmut



OECD-Studie „Ist Pflege für ältere Menschen bezahlbar?“

Vergleich von 30 Ländern

- Wie stark reduzieren staatliche Unterstützungen bei Pflegebedürftigkeit das Armutsrisiko in OECD-Ländern?
- Armutsbetroffenheit bei Inanspruchnahme von professioneller Pflege sinkt in Deutschland von 60% auf 30 % durch die staatlichen Leistungen
- Deutsches Pflegeversicherungssystem befindet sich in der oberen Hälfte aller Länder
- Armutsreduktion bei schwerer Pflegebedürftigkeit geringer

Nutzung des Entlastungsbetrages im Land Berlin

- Anteil der Pflegebedürftigen die Entlastungsbetrages nutzen in 2023 bei 65 %
- Betrag wurde im Durchschnitt zu etwa 2/3 genutzt (ca. 1.000 € von 1.500 €)
- es bestehen noch Potentiale zur Verbesserung
- Erhebung der Gründe der Nichtinanspruchnahme wäre hilfreich

WldOmonitor 1/2024

Häusliche Pflege (Eigenleistungen, Belastungen, finanz. Aufwände)

- Hauptgrund für Nichtinanspruchnahme von Unterstützungsleistungen ist, dass die gepflegten Personen nicht von Fremden versorgt werden möchten
- Fehlende Angebote sind nur selten der Grund
- gut die Hälfte der pflegenden Angehörigen, die Teilzeit arbeiten, haben auf Grund der Pflege reduziert

Schlussfolgerungen

- bestehenden Entlastungsstrukturen (Pflegestützpunkte, Pflegeselbsthilfe, AuAs usw.) und nachbarschaftliche Unterstützungsstrukturen sollten ausgebaut werden
- Niedrigschwellige Beteiligungsformate müssen gestärkt werden -> Nutzung des Entlastungsbetrages vereinfachen
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sollte ausgebaut werden
- Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sollten Blick für Erreichbarkeit von sozial schwächeren Pflegebedürftigen und deren Angehörigen schärfen

Geeignete Maßnahmen zur besseren Armutsprävention

- stärkere Verankerung der Armutsprävention in den präventiven Hausbesuchen
- Überprüfung der PuVo hinsichtlich einer Vereinfachung der Leistungsanspruchnahme
- Prüfauftrag aus Koalitionsvertrag für Pflegewohngeld umsetzen
- Verbesserung der Datengrundlage zur Erfassung des Armutsriskos
- Thema Armutsrisiko auch im Rahmen der Förderung von Selbsthilfegruppen von pflegenden Angehörigen diskutieren
- Pflegeflankierenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen könnten prüfen, ob die bisherige Beratungspraxis ausreichend auf Zielgruppe sozial schwächerer Pflegebedürftiger und Ihrer Angehörigen ausgerichtet ist (ggfs. auch mehr Integration zugehender Elemente)

Initiativen, die das Land Berlin und die Mitglieder des LPA über ihre Organisationen auf Bundesebene ergreifen/unterstützen können

- Maßnahmen zur Begrenzung der pflegebezogenen Eigenanteile, Entlastung von Ausbildungskosten der Pflegebedürftigen und Verbesserung der Einnahmenseite der Pflegeversicherung
- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (z.B. Regelungen zur flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten, verbindliche Möglichkeiten zum Homeoffice)
- Anhebung der Rentenansprüche aus informeller Pfl egetätigkeit und Ausweitung des Kreise der Anspruchsberechtigten

Quellangaben

- **Folie 6 und 7:** Hilfe-zur-Pflege-Ausgaben und -Empfänger 2012-2023 - Quelle: Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg
- **Folie 8:** OECD Health Policy Studies „Is Care Affordable for Older People?“ 2024 - https://www.oecd.org/en/publications/is-care-affordable-for-older-people_450ea778-en/full-report/disclaimer.html#disclaimer
- **Folie 9:** Nutzung des Entlastungsbetrages in Berlin - Quelle: ©SAHRA-Plattform, abgerufen am 15.10.2024
- **Folie 10:** WldO-Monitor 1/2024 „Ambulante Pflegehaushalte im Fokus: Eigenleistungen, Belastungen und finanzielle Aufwände“- [https://www.wido.de/publikationen-produkte/zeitschriften/widomonitor/widomonitor-1-2024 /](https://www.wido.de/publikationen-produkte/zeitschriften/widomonitor/widomonitor-1-2024/)